



Empfehlungen aus der Wirtschaft zum China De-Risking

Dos und Don'ts

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 0
E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Klemens Kober

Grafik: Sebastian Titze

Stand: Oktober 2026

Empfehlungen aus der Wirtschaft zum China De-Risking

Dos und Don'ts

China ist als Deutschlands wichtigster Handelspartner von zentraler Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Gleichzeitig verfolgt China eine strategisch ausgerichtete Industrie- und Handelspolitik, die zu erheblichen Interdependenzen, aber auch Abhängigkeiten Deutschlands und der EU bei kritischen Rohstoffen, Vorprodukten und Zukunftstechnologien beigetragen hat. Bei einigen Produkten entfällt mehr als die Hälfte der deutschen Einfuhren auf chinesische Lieferanten. Das Importvolumen dieser Güter beläuft sich insgesamt auf 68,1 Milliarden Euro – also auf ein Viertel des deutsch-chinesischen Handels. Auch der wachsende Wettbewerbsdruck durch chinesische Unternehmen stellt zunehmend den Industrie- und Wirtschaftsstandort Europa vor Herausforderungen. Laut einer DIHK-Umfrage spüren zwei Drittel der Unternehmen diesen wachsenden Konkurrenzdruck.¹ 55 Prozent der befragten Unternehmen stimmen stärkeren handelspolitischen Maßnahmen gegenüber China zu oder eher zu, auch wenn ihr eigenes Unternehmen von negativen Konsequenzen betroffen wäre. Gleichzeitig stellt sich die deutsche Wirtschaft fairem Wettbewerb und passt ihre Geschäftsmodelle entsprechend an.

Die EU und Deutschland sollten strategische Risiken gezielt reduzieren, die eigene Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft wieder stärken, weltweite Handelspartnerschaften voranbringen und Wirtschaftskooperationen mit China zu beiderseitigem Nutzen gewährleisten. Abhängigkeiten und wirtschaftliche Interdependenzen sind kontextabhängig und müssen differenziert bewertet werden. Dabei gilt es, Fragen der staatlichen Sicherheit klar von Wettbewerbsfragen zu trennen. Die Wirtschaft sollte bei allen diesbezüglichen Maßnahmen eng und frühzeitig eingebunden werden. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind dafür folgende Leitlinien entscheidend:

Dos

1 Handelsagenda zur Lieferkettendiversifizierung vorantreiben:

Die EU sollte mittelstandsfreundliche und unbürokratische Handels-, Investitions-, Rohstoff-, Digital- sowie Wirtschaftssicherheitsabkommen mit weiteren Drittstaaten abschließen, um für Unternehmen neue Märkte zu öffnen und diese perspektivisch abzusichern. Die EU-Nachbarschaft muss dabei ein besonderes Augenmerk erhalten. Auch könnte das Neuseeland-Singapur Lieferkettenabkommen AOTES als Vorbild für eine entsprechende EU-CPTPP Kooperation dienen. Insgesamt sollten globale Handelsregeln der Welthandelsorganisation so weit wie möglich erhalten und reformiert werden.

2 Finanzierung von Diversifizierung erleichtern:

Lieferkettenänderungen gibt es nicht zum Nulltarif. Wirtschaftssicherheitspolitische Entscheidungen der EU und der Bundesregierung dürfen keine zusätzliche Belastung für Unternehmen darstellen. Förder- und Garantieinstrumente sollten technologieneutral und ohne neuen Bürokratieaufwand ausgestaltet werden. Es braucht eine Flexibilisierung der Schwellen für den ausländischen Wertschöpfungsanteil im Rahmen der Exportkreditgarantien. Ziel sollte sein, dass mehr Unternehmen einen besseren finanziellen Spielraum bei der Diversifizierung ihrer Lieferketten erhalten.

¹ <https://www.dihk.de/de/newsroom/deutsche-wirtschaft-im-wettbewerb-mit-china--185862>

3 Small yard, high fence:

49 Prozent der deutschen Unternehmen fordern, chinesische Unternehmen von kritischen Infrastrukturprojekten fernzuhalten. Die als kritisch eingestuften Infrastruktur- und Technologiebereiche sollten eng und nachvollziehbar definiert werden. Entscheidend muss das konkrete Sicherheitsrisiko sein. Eine regelmäßige Überprüfung der Einstufungen ist notwendig. Exportkontrollrechtlichen Bedenken, etwa bei Dual-Use-Gütern, sollte durch klare, transparente und verlässliche rechtliche Vorgaben begegnet werden – nicht durch langwierige und schwer kalkulierbare Genehmigungsverfahren. Die Exportwirtschaft benötigt entsprechende Planungssicherheit für unternehmerische Entscheidungen. Ein solches Vorgehen schafft für die Exportwirtschaft keine ausreichende Planungssicherheit und erschwert verlässliche unternehmerische Entscheidungen.

4 Handelsschutz stärken:

Die deutsche Wirtschaft nimmt Wettbewerb aus China an. Dieser muss jedoch fair sein. Gegen unfaire Handelspraktiken sind mit der Breite der Wirtschaft abgestimmte handelspolitische Schutzinstrumente sowie ein Vorgehen gegen deren Umgehung erforderlich. Ziel sollten lieferkettenbasierte Schutzmaßnahmen sein, die die gesamte Wertschöpfungskette im Blick haben und nur auf Handelspartner abzielen, die ursächlich für Handelsverwerfungen sind. Vor Einführung von Handelsschutzmaßnahmen muss deren Auswirkungen auf vor- u. nachgelagerte Wirtschaftszweige geprüft werden. Grundsätzlich gilt es, die Umsetzung des bestehenden Instrumentariums zu verbessern, kohärenter gestalten und zu beschleunigen, anstatt neue Abschottungsinstrumente einzuführen.

5 Marktüberwachung stärken:

Im EU-Binnenmarkt müssen für alle Anbieter gleiche Regeln gelten. Zoll- und Marktüberwachungsbehörden sollten die Einhaltung geltender Produkt- und Sicherheitsanforderungen auch bei Direktimporten und im Onlinehandel wirksam, risikobasiert und digital durchsetzen.

6 Globale Rohstoffkooperation auf Augenhöhe:

Insbesondere im Rahmen der G7 und OECD, aber auch mit darüber hinaus relevanten Handelspartnern sollten Rahmenwerke für resiliente Lieferketten vereinbart werden. Die EU-Rohstoffstrategie und Rohstofffonds sollten mit gezielten, praktikablen Projekten unterlegt werden.

7 Europäische Kreislaufwirtschaft stärken:

Eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft ist ein wesentlicher Baustein für die Rohstoffversorgung der EU. Die DIHK hat in ihrem Impulspapier zum geplanten Circular Economy Act zehn Leitsätze für eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft in Europa herausgearbeitet.² Ergänzend sind Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig, um bestehende Abhängigkeiten mit Hilfe von Produktinnovationen zu reduzieren.

8 Handels- und Entwicklungspolitik aufeinander abstimmen:

Global Gateway sollte strategischer ausgerichtet und mittelstandsfreundlicher umgesetzt werden, damit sich weltweite Handelspartner enger an die EU binden. Von europäischen Fördergeldern sollten insbesondere europäische Unternehmen profitieren.

² <https://www.dihk.de/resource/blob/163404/d7b9b877918ca0e3f7a4f8d1c38b7455/nachhaltigkeit-dihk-impuls-circulareconomyact-data.pdf>

9 Strategische Unentbehrlichkeit:

Gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung (bspw. durch IPCEIs) sowie in High-Tech-Ökosysteme können einen Beitrag dazu leisten, dass Europa in strategischen Bereichen, in denen europäische Firmen global wettbewerbsfähig sind, eine technologische Führerschaft erlangt. Eine solide Positionierung kann mitentscheidend sein, um sich vor wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten zu schützen.

10 China+X Diversifizierung ermöglichen:

Richtschnur für viele Unternehmen bei ihrer Lieferkettendiversifizierung ist nicht der Rückzug aus China. Der Aufbau von ergänzenden Produktionsstätten sowie von Beschaffungs- und Absatzmärkten, insbesondere in Südostasien folgt vielmehr der Logik eines klugen Risikomanagements. Diese Bestrebungen gilt es zu flankieren und mit bürokratiearmen Instrumenten zu fördern.

Don'ts

1 Entkopplung von China:

Nicht jede Abhängigkeit ist strategisch. Bei der Bewertung strategischer Abhängigkeiten sollten insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung der Waren, Versorgungsrisiken, ihre Substituierbarkeit und alternative Bezugsquellen berücksichtigt werden. In unkritischen Bereichen gilt es folglich auch, nicht staatlicherseits in Lieferketten einzugreifen, etwa durch die Verzögerungen von Ausfuhrgenehmigungen oder bei der Visavergabe.

2 Lieferkettendiversifizierung politisieren:

Auch zahlreiche andere Drittstaaten sind in verschiedenen Bereichen von der EU abhängig. Dies sollte jedoch nicht instrumentalisiert werden, da die EU ansonsten Vertrauen als verlässlicher Handelspartner verliert. Es besteht die Gefahr, dass europäische Unternehmen durch noch stärkere Politisierung zunehmend von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen durch Drittstaaten getroffen werden könnten. Damit die EU weiterhin als verlässlicher Handelspartner gelten kann, sollte der Industrial Accelerator Act der EU nicht gegen Handelsabkommen verstoßen.

3 Neue Lieferkettenbürokratie:

Anstatt Unternehmen vielfältig mit Melde- und Berichtspflichten zu belasten, sollten Behörden Daten nutzen, die bereits aus Zoll-, Statistik- oder Genehmigungsverfahren vorliegen und automatisiert verwendet werden können. Das geplante neue EU-Diversifizierungsinstrument sollte primär mit Anreizen statt Belastungen für Unternehmen wie Berichtspflichten und Zollkosten arbeiten. Grundsätzlich sollte der Staat sich auf die Durchsetzung guter Rahmenbedingungen für unternehmerische Diversifizierung konzentrieren. Zusätzliche Bürokratie hat in der Vergangenheit teilweise dazu beigetragen, dass Unternehmen ihre Lieferketten verschlankt haben, um diese besser im Blick halten zu können.

4 Auslandsinvestitionen unter Vorbehalt stellen:

Ein Outbound Investment Screening würde Unternehmen mit großer Rechtsunsicherheit und mit Bürokratiekosten belasten. Stattdessen sollten bestehende Instrumente wie Exportkontroll- und Sanktionsregime genutzt werden.

5 Staatliche Preisgestaltung und Lagerhaltung:

Anstelle von Preisfluren oder gemeinsamer staatlicher Lagerhaltung, die über den Sicherheits- und Verteidigungsbereich hinaus geht, sollten Rohstoffpartnerschaften mit konkreten Projekten im Schulterschluss mit der Wirtschaft politisch und finanziell flankiert werden. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auch auf den Aufbau von Aufbereitungsanlagen gelegt werden. Zudem sollten weitere flankierende Maßnahmen, welche den Aufbau privatwirtschaftlicher Lagerhaltung oder Einkaufskonsortien unterstützen, geprüft und forciert werden.

6 Solidaritätsfonds für Zwangsmaßnahmen:

Europäische Solidarität bei wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten ist hochrelevant. Ein pauschaler Entschädigungsfonds kann jedoch Fehlanreize setzen und sollte unternehmerische Risikoversorge nicht ersetzen.

7 Forschungskooperation abbrechen:

Angesichts der großen technologischen Fortschritte Chinas sollte der Zugang europäischer Unternehmen zu chinesischen Innovationsnetzwerken in nicht-sicherheitskritischen Bereichen nicht abgebrochen werden, um an der Spitze der Wirtschaftsinnovation nicht abgehängt zu werden.

8 Strategische Abhängigkeiten verschieben:

Der Abbau strategischer Abhängigkeiten von China sollte nicht zu neuen strategischen Abhängigkeiten von anderen Handelspartnern führen. Daher sind möglichst breite und interessengetriebene globale Koalitionen anzustreben.

Die Lieferkettendiversifizierung und der Abbau strategischen Abhängigkeiten sind entscheidend für die wirtschaftliche Sicherheit Deutschlands und Europas. Eine solche Resilienzpolitik sollte in Zeiten zunehmender geopolitischer Herausforderungen energisch vorangetrieben werden. Entscheidend ist, dass die Politik die unternehmerische Realität im Blick hat und konkret umsetzbare Ziele setzt. Für Diversifizierung und Resilienz brauchen die Betriebe Unterstützung, keine weitere Belastung. Das deutsche Kammernetzwerk wird sich in diese Debatten mit Vorschlägen aus der Praxis einbringen.

Hintergrund

Laut einer DIHK-Umfrage im September 2026 fordern 67 Prozent der befragten Unternehmen, dass die EU geschlossen gegenüber China auftritt. 60 Prozent finden, die EU sollte strategische Abhängigkeiten reduzieren. 49 Prozent wünschen sich den Ausschluss chinesischer Unternehmen von kritischer Infrastruktur. Laut einer aktuellen Geschäftsklimaumfrage der AHK China geben knapp die Hälfte der befragten deutschen Unternehmen an, bereits Maßnahmen umgesetzt zu haben, um Risiken im Zusammenhang mit ihrem China-Geschäft zu mindern. Als Hauptgrund nennen die Unternehmen geopolitische Spannungen (77 Prozent), gefolgt von der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung Chinas (36 Prozent). In der Regel tun sich Konzerne damit leichter als kleine und mittelständische Unternehmen. Die meisten Unternehmen, die Aktivitäten in andere Länder verlagern, entscheiden sich für den asiatischen Raum. Insbesondere Indien, Japan, Südkorea, Thailand, Singapur und Vietnam rücken in das Blickfeld. Das Netzwerk der AHK in Süd- und Ostasien berät mit Diversification Desks und begleitet deutsche Unternehmen länderübergreifend, maßgeschneidert und umfassend.

Deutsch-chinesischer Warenhandel 2025

	2025 Mrd. Euro	2025 Rang	2025 Veränderung Vorjahr %	Jan-Juli 26 vs Jan-Juli 25 in %
Deutsche Exporte nach China	81,2	6	-9,7	-12,4
Deutsche Importe aus China	171,2	1	9,2	8,4
Handelsvolumen	252,5	1	2,3	1,5

Quelle: DeStatis, Juli 2026

Deutsche Direktinvestitionen in China

(Veränderung zum Vorjahr in Prozent)

	2020	2021	2022	2023	2024
Bestand Direktinvestitionen (Mio. Euro)	100.609 (2,6)	115.759 (15,1)	135.169 (16,8)	125.866 (-6,9)	121.974 (-3,1)
Anzahl Unternehmen	2.447 (1,7)	2.477 (1,2)	2.602 (5,0)	2.598 (-0,2)	2.564 (-1,3)
Anzahl Beschäftigte (in 1.000)	752 (-2,1)	766 (1,9)	814 (6,3)	812 (-0,2)	793 (-2,3)

Quelle: Deutsche Bundesbank, April 2026

Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland

(Veränderung zum Vorjahr in Prozent)

	2020	2021	2022	2023	2024
Bestand Direktinvestitionen (Mio. Euro)	5.412 (-5,4)	6.391 (18,1)	7.108 (11,2)	7.200 (1,3)	7.883 (9,5)
Anzahl Unternehmen	215 (13,2)	218 (1,4)	222 (1,8)	218 (-1,8)	219 (0,5)
Anzahl Beschäftigte (in 1.000)	26 (13)	25 (-3,8)	26 (4,0)	26 (0)	27 (3,8)

Quelle: Deutsche Bundesbank, April 2026

- Bei präzise neun Waren, wie bestimmten kaltgewalzten Elektroblechen oder groben Tierhaaren, ist Deutschland zu 100 Prozent von Importen aus China abhängig (Warenwert: 3,5 Mio. Euro). Weitere 162 Waren werden zu 80–99 Prozent aus China importiert (18,3 Mrd. Euro), 322 Waren zu 60–79 Prozent (25,9 Mrd. Euro) und 249 Waren zu 50–59 Prozent (23,9 Mrd. Euro).
- Insgesamt entfallen damit 68,1 Mrd. Euro der deutschen Importe aus China auf Waren, bei denen China einen Anteil von mehr als 50 Prozent an den deutschen Gesamtimporten dieser Produkte hat.
- Bezogen auf die gesamten deutschen Importe aus China in Höhe von 171 Mrd. Euro entspricht dies rund 40 Prozent der Importe.

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK – vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanten der Deutschen Wirtschaft in über 90 Ländern.